



öffentlich

Betreff:

Parkraumbewirtschaftung auf dem Gelände der Stadtverwaltung

Erstellungsdatum 22.10.2001

Eingang 02:

Einreicher: Fraktion Grüne/B 90

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.11.2001	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
13.11.2001	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen		
21.11.2001	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften		
05.12.2001	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie folgende Maßnahmen realisiert werden können:

1. Parkraumbewirtschaftung auf dem Gelände der Stadtverwaltung mit gebührenpflichtigen Plätzen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung sowie Kurzzeitparkplätzen für die Besucher. Ab 18.00 Uhr sollen die Plätze kostenfrei sein.
2. Einführung eines Jobtickets für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Die finanzielle Ausgestaltung der Maßnahmen soll insgesamt mindestens haushaltsneutral sein, aber einen Vorteil für den Verzicht auf die Anfahrt mit dem Auto ergeben.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung:

Um die Lebensqualität in der Stadt zu erhöhen und gleichzeitig Mobilität zu gewährleisten, sollen im Rahmen des VEP Maßnahmen zur Verringerung des motorisierten Individualverkehrs ergriffen werden. Eine Regelungsmöglichkeit sind finanzielle Anreize. Mit der vorgeschlagenen Methode und einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit könnten auch Anreize für andere große Arbeitgeber in der Stadt gegeben werden.